

Saale-Zeitung.

Nr. 13a.

Halle, Montag, den 10. Januar

1916.

Neuer Gewaltakt der Entente.

Am Sirztein 1100 Gefangene und 15 Maschinengewehre erbeutet.

Verhaftung der Konsularagenten auf Mytilene.

WTB. Wien, 9. Januar. (Havas.) Aus Mytilene wird gemeldet: Eine Abteilung von Truppen des Bierverbandes hat den deutschen Bizekonsul Courtgis, den griechischen Untertan ist, und seinen Sohn, den Dragoman des Konsulats, festgenommen.

c. B. Konstantinopel, 9. Jan. Während alle Anzeichen dafür sprechen, daß in nächster Zeit der Feind den letzten Zipfel Gallipolis verlassen wird, lassen aus Saloniki eingelaufene Nachrichten erkennen, daß man sich dort um so mehr festzuhalten gedenkt.

Die türkische Vergeltung für die Gewaltakte in Saloniki.

c. B. Konstantinopel, 9. Januar. Die türkische Regierung hat mit den Vergeltungsmaßnahmen für die Verhaftung des Konsulats in Saloniki nicht gezögert. Sooden wurden zehn Beamte der englischen und der französischen Botschaft, die zur Wahrung der Interessen der englischen und französischen Staatsangehörigen hier geblieben sind, verhaftet.

Griechenlands Antwort auf den bulgarischen Protest.

c. B. Budapest, 8. Januar. Aus Sofia erfährt „H. Cit.“: Die Antwort der griechischen Regierung auf den bulgarischen Protest wegen Verhaftung des Konsulats in Saloniki ist eingetroffen. Griechenland behauptet die Verletzung des Völkerrechts und der griechischen Neutralität durch England und Frankreich.

Die verhafteten Konsuln noch nicht freigelassen?

c. B. Lugano, 9. Januar. Zur Meldung des „Giornale d'Italia“, daß die verhafteten Konsuln freigelassen worden seien und daß sich die griechische Regierung dadurch befriedigt erklärt habe, bemerkt die „Stampa“, man dürfe in diesem Schritte, der auf den ersten Blick keinen guten Eindruck macht, nicht etwa Konsequenzen oder gar Neuziehe, sondern nur den Wunsch, Griechenland seine Verlegenheit zu bereiten.

Ein neuer Fliegerangriff auf die Lager bei Saloniki.

Neuer meldet aus Saloniki: Am Morgen des griechischen Weihnachtstages (6. Jan.) wurde die Stadt wieder von einer Taube heimgesucht, die Bomben auf die Lager der Verbündeten außerhalb der Stadt fallen ließ, ohne besonders viel Schaden anzurichten.

Ämtliche Meldung der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 9. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz. Südlich des Hartmannsweiler Kopfes, am Sirztein, gelang es gestern, den letzten der am 21. Dezember in Feindeshand gefallenen Gräben zurückzuerobern, dabei 20 Offiziere, 1083 Jäger gefangen zu nehmen und 15 Maschinengewehre zu erbeuten.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz. Die Lage ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichisch-ungarische Heeresbericht.

WTB. Wien, 9. Januar. Ämtlich wird verlautbart, 9. Januar 1916: Russischer Kriegsschauplatz. Vor zwei Tagen neuerlich an allen Punkten Dostalziens und der bessarabischen Grenze unter großen Verlusten zurückgeschlagen, hat der Feind gestern seine Angriffe nicht wiederholt, sondern nur zeitweise sehr Geschütze gegen unsere Linien geschickt.

Italienischer Kriegsschauplatz. Nichts Neues.

Südbalkanischer Kriegsschauplatz. Nordöstlich von Berane haben sich die Montenegriner erneuert gestellt.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, von Hoefler, Feldmarschalleutnant.

Der ämtliche türkische Bericht.

WTB. Konstantinopel, 8. Januar. Bericht des Hauptquartiers: An der Dardanellenfront in der Nacht vom 6. zum 7. Januar ziemlich lebhaft Bombenkämpfe auf unseren beiden Flügeln. Am 7. Januar brachte unsere Artillerie den unserem rechten Flügel gegenüberliegenden feindlichen Schützengräben schwere Schäden bei.

Die Italiener in Albanien.

c. B. Lugano, 9. Januar. In Erwartung großer Ereignisse sind die Italiener in Albanien nicht müde, wie der „Secolo“ sagt, ihre Streifen an und lassen Polizeidienste gegen die albanisch-bulgarischen Banden. Der „Corriere della Sera“ fordert in einem längeren Artikel gegenüber den Österreichern, Bulgariern und Griechen die Absichten auf Albanien müsse auch der Bierverband ein festes Programm aufstellen.

Ein serbisch-albanisch-italienischer Vertrag.

c. B. Lugano, 8. Januar. Zwischen Italien und der serbischen (owie der albanischen) Regierung ist ein gemeinsamer Vertrag abgeschlossen worden, der die Einreise von Serben nach Albanien ermöglicht.

Lang der serbischen und der albanischen Truppen in die italienische Armee festgelegt. Diesem Abkommen hat sich Montenegro nicht angeschlossen.

Friedenssehnsucht in Montenegro.

c. B. Budapest, 9. Januar. Aus Budapeß wird gemeldet: Hier sind aus Montenegro an die Gesundheitsämter und Redaktionen mehrere übereinstimmende Nachrichten eingetroffen, wonach sich dort eine starke Stimmung geltend macht, das Schicksal Serbiens zu vermeiden und eine Wenderung der kriegerischen Haltung der Regierung herbeizuführen.

Fiasko der russischen Durchbruchversuche.

Am Sereth kämpften 800 000 Mann mit 3500 Geschützen.

Die neutralen skandinavischen Zeitungen stellen das völlige Scheitern der russischen Durchbruchversuche in die Disposition. Die Detachments in den russischen Heeresbeständen erkräftigen den Beweis, daß überhaupt kein nennenswertes Gelände gewonnen durch die Russen erzielt werden konnte, trotz der gebrauchten neuen riesigen Maschinenpistolen.

Die in der Nähe der russischen Grenze belegenden Front fortgesetzt an Stärke zu nehmen den Charakter einer großen Schlacht an.

c. B. Kopenhagen, 9. Januar. Der Korrespondent des „Aufföge Slomo“ bei den russischen Truppen in Bessarabien meldet: Die russische Heeresleitung zog in Bessarabien und in der Bukowina bedeutende Truppenmengen zusammen, darunter ganz junge Regimenter, die mit großer Tapferkeit angreifen und von wirksam gestütztem Artilleriefeuer unterstützt werden.

Die Gegner verteidigen ihre Stellungen mit größter Energie und ihre schwere Artillerie ist von fürchterlicher Wirkung. Man kann nicht ohne Bedenken erwarten, daß die Offensive Fortschritte machen wird. Der Zweck ist, möglichst zahlreiche feindliche Truppen festzuhalten, damit sie nicht nach dem Balkan gelangt werden können.

Deutsch-österreichische Gegenseitigkeit.

c. B. Basel, 8. Januar. Wie die „Nouvoje Wremja“ aus Alau berichtet, hat sich im polnisch-moldauischen Grenzgebiet der Beginn einer starken deutschen und österreichischen Gegenseitigkeit bemerkbar gemacht. Die Österreichische Besatzung mit ihren Hilfsmitteln die Stadt Lwowopol.

### General Nupki legt im Sterben

c. B. S. 2. Januar. Die „Sajeler Nachrichten“ melden aus Petersburg, General Nupki herbenstank in Plattsburg in Kaulaken liegt.

### Die mohammedanischen Regimenter im russischen Heer wechern.

c. B. S. 2. Januar. Gejangene russische Soldaten berichten, daß unter den mohammedanischen Soldaten ernliche Reutereien entflanden sind. Vor zwei Wochen haben in Cochin zwei Turkmenerregimenter gemeutert und sich gewagt, an die Front zu gehen. Mit Hilfe herangerufener Kosakenregimenter und eines Kavalleriekommandos wurden die Reutereien unterdrückt. Beide Regimenter sind nach dem Hinterlande abgezogen. Eine strenge Untersuchung wurde eingeleitet, schwere Bestrafungen sind vorgenommen.

### „Amulische“ russische Besetzung.

c. B. S. 2. Januar. Der „Kustofz Slenow“ meldet: In der Muzsakauee Stabinschichtenermittlung wurde, was schon früher außerhalb der Versammlung vorgeschlagen war, nun öffentlich von mehreren Seiten vorgeschlagen, dem Bürgermeister Geldmittel zur Verfügung der Eisenbahnbeamten zur Verfügung zu stellen. Nur auf diese Weise seien die Zufuhren nach Moskau zu sichern und der Lebensmittelpunkt ein Ende zu machen. Der Antrag wurde von den Antragstellern damit begründet, daß es der Stadverwalt. bisher nicht möglich gewesen ist, die genügende Anzahl Eisenbahnwagen für die Zufuhr von Lebensmitteln zu erhalten, wogegen Privatleute, Kaufleute und Professorenen mit Beschleunigung der Eisenbahnbeamten Waggonen in beliebiger Zahl erhalten könnten. Es ist nun der Moskauer Stadverwalt. nichts anderes übrig, als gleichfalls den Weg der Besetzung zu betreten. Schingarew teilte mit, es sei jetzt dahin gekommen, daß nicht allein die niederen Beamten bis zu den Stationsvorstehern Besetzungen zugänglich seien, daß auch die höheren Beamten diese ungenieret annehmen. Der Antrag wurde zurückgezogen, da der Bürgermeister es ablehnte, auf diesem Mittel Zustuß zu nehmen.

### Beschäftigung Kriegsgefangener in der russischen Industrie.

T. U. S. 2. Januar. Nach der „Berichsina Wiedomosti“ wurde in der militärischen Industrieindustrie mitgeteilt, daß gegenwärtig 135 000 Kriegsgefangene in der russischen Industrie beschäftigt werden.

## Von der Westfront.

### Calais und Boulogne aus der Luft bombardiert.

c. B. S. 2. Januar. Einer Meldung des „Sponer Nouvelliste“ aus Calais zufolge erlösen gestern nachmittags ein deutsches Flugzeug über der Festung, das trotz heftiger Beschädigung durch die Wackerkanonen die Festung überflieg, ohne getroffen zu werden. Im gleichen Nachmittag wurde Boulogne in der von einer „Lauhe“ bombardiert, welche mehrere Bomben abwarf, die Sachschaden anrichteten. Obwohl das Flugzeug heftigem Geschützfeuer ausgesetzt war, entkam es in nordöstlicher Richtung.

### Die angriffsstüchtige Entente-Luftflotte.

c. B. S. 2. Januar. „Welt Parisien“ meldet, daß in den militärischen Kreisen Frankreichs von einer demnächst einsetzenden großen Offensive mittels der Luft der Gedanke der von Flugzeugen die Rede sei. Der englische Fliegermann De la Cour hat auf dem Gebiete der Luftschiffahrt ihr bereits in Paris angenommen, um mit den französischen Fachleuten einen Plan zu einem Angriff durch die verbündete Luftflotte auszuarbeiten.

### Kohlennot in Frankreich.

c. B. S. 2. Januar. Wegen Kohlennot kann das Elektrizitätswerk in Quon von vormittags 7 Uhr bis nachmittags 2 Uhr seine Kraft liefern. Während dieser Tageszeit stehen die elektrischen Straßenbahnen still. Von heute ab wird die elektrische Beleuchtung eingestellt.

### Die französische Kriegsanleihe bis zum März erschöpft.

c. B. S. 2. Januar. In Finanzausblick des Calais Bourdon erklärte sich die der Erbs der ersten Kriegsanleihe sei zwar sehr befriedigend, werde aber über den Monat März hinaus die riel anwachsenden Kriegsausgaben nicht decken. Riel sollte auch eine weitere Erhöhung des Notenumlaufes der Bank von Frankreich auf 20 000 Millionen in Aussicht gegen 6000 vor dem Kriege.

## Die Verwirrung in England.

### Kürzert zwei weiterer Minister? — Drohende Haltung der Gewerkschaften.

c. B. S. 2. Januar. Die ungeheure Verwirrung, die der Streit um die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England hervorgerufen hat, breitet sich von Tag zu Tag mehr aus. Es heißt jetzt wieder, daß außer den drei Arbeitsministern, die erst kürzlich zurückgetreten sind, zwei andere Minister aus dem Kabinett ausscheiden werden. Infolge dieser großen Schwierigkeiten im Kabinett hat auch Lord Rielhner seine bedingte Resignation nach Ägypten bis zum 30. Januar zurückgezogen. Es verlautet, daß sieben Mitglieder des Parlamentes ihre Zustimmung zu der Wehrpflicht von wichtigen Garantien abhängig gemacht haben, die eine erfolgreiche Anwendung des Wehrpflichtgesetzes illusorisch zu machen drohen. Bei der Abstimmung der Wehrpflichtvorlage sind ferner 162 Mitglieder des Unterhauses überhaupt nicht zugegen gewesen. Da die Anhänger der Wehrpflicht zu dieser Abstimmung ihren letzten Mann aufgebieten hatten, so sind diese fehlenden 162 den 105 Stimmen gegen die Wehrpflicht zuzurechnen. Auch die Gewerkschaften nehmen jetzt in der Wehrpflichtfrage eine drohende Haltung ein. Sie betreiben in Uebereinstimmung mit der Arbeiterkammer eine allgemeine Abstimmung in den Gewerkschaften zu der Frage eines passiven Widerstandes gegen die Einführung der Wehrpflicht. Zum 16. Januar haben die Gewerkschaften außerdem einen allgemeinen Kongress anberaumt. Bei dieser Gelegen-

heit wollte Lord George einen längeren Vortrag halten. Die Gewerkschaften jedoch verweigerten ihm seine dahingehende Bitte.

### Amerikanische Beschwerte an England.

c. B. S. 2. Januar. Reuter meldet aus Washington: Die amerikanische Regierung sandte an Großbritannien eine Note, in der Beschwerte über die von englischen Behörden an der Küste der Vereinigten Staaten nach neutralen Ländern ausgedienten Zensur erhoben wird.

## Vermischte Kriegsnachrichten.

### Die afghanische Gefahr.

c. B. S. 2. Januar. Der Keritale „Corriere d'Italia“ bringt einen aussehens-erregenden Artikel über die afghanische Gefahr. In der afghanischen Armee, die sich auf 150 000 Mann, ja, mit Hilfe der Grenzämter doppelt (bis auf 300 000 Mann) aufbringen. — Aus Peking meldet die „Associated Press“, daß dort Gerüchte über ernliche Unruhen in Indien im Umlauf sind. Die Waffen wären aus China eingeschmuggelt worden.

### Ein Gefecht auf dem Tanganjikasee.

WTB. London, 8. Januar. Reuter meldet amtlich: Die nach dem Tanganjikasee entsandte Marineexpedition griff am 26. Dezember das besetzte Dampfschiff „Kangani“ an und zwang es nach einem zehn Minuten dauernden Gefecht, sich zu ergeben. Alle deutschen Offiziere fielen. Das Schiff wurde, obwohl in fäulendem Zustande, an Land gebracht.

Der Dampfer „Kangani“, den die Engländer am Tanganjikasee angeblich zerstörten, ist ein kleines Schiff von 16 Meter Länge und 3,5 Meter Breite, die Besatzung besteht im Frieden aus einem europäischen Maschinisten und einigen farbigen Bedienungsmännchen. Von einer für kriegerische Zwecke in Betracht kommenden Besatzung des Schiffes kann schon wegen der Bauart nicht die Rede sein.

### Der gefährdete Weg durch den Suezkanal.

c. M. Genf, 8. Januar. Auch die italienischen Schifffahrtslinien zeigen die Einstellung der Schifffahrtsrouten vor Suez — Wien an.

Nach der holländischen und zahlreichen englischen Schifffahrtsgesellschaften haben es nun auch die italienischen Schifffahrtslinien vorgezogen, die von deutschen und österreichischen Unterbothen verkehrten Gewässer an der ägyptischen Küste zu meiden.

### Der U-Boot-Schrecken im Mittelmeer.

c. B. S. 2. Januar. Die „Morning Post“ meldet aus Kaluttta: Die letzten Nachrichten über die Schifffahrtsergebnisse im Mittelmeer riefen in ganz Indien einen so starken Eindrud hervor, daß allgemein verlangt wird, sämtliche Dampfer sollten ums Rast der guten Hoffnung fahren, bis das Mittelmeer von U-Booten gesäubert ist. Die Nachrichten beeinflussten stark die Anmeldungen für Passagen auf den nächsten Dampfern. Die meisten Anmeldungen wurden rückgängig gemacht.

### Tunesisch-algerische Kundgebung in Berlin.

WTB. Berlin, 8. Januar. Die Führer der tunesisch-algerischen Unabhängigkeitsbewegung veranstalteten gestern nachmittag im Hotel Eplandee in Berlin eine große Kundgebung, zu der u. a. erschienen waren Unterstaatssekretär Cz. Zimmermann, S. H. Pali Pascha, der türkische Generalkonsul Omar Kurt Bey, der bulgarische Gesandte Dr. Ra Riosoff, Kontoradmiral Esp. von Truppel, Generalleutnant Imhof Pascha, Botschaftsrat v. Gieseler, Kap. v. Sabow, Admiral Wedd, sowie die türkische Mission unter Führung Oskurus und die gesamte orientalische Kolonie Berlins. Schah Saleh as Scherif at Tunisi, der Vorkämpfer des Ausdrückes, ein Nachkomme aus der Familie des Propheten, der sein Vaterland vor einigen Jahren aus Protest gegen die französische Gewalt Herrschaft verlassen hatte, begrüßte die Gäste mit einigen von Professor Wittwo überlieferten Worten, denen einige Angaben über die Persönlichkeit des Scheichs folgten. In seiner darauf folgenden, die Gründe, die die Unabhängigkeitsbewegung hervorgerufen haben, hervorhebenden und von Konsul Schabinger deutschen Ansprache zeichnete der Scheich in orientalischen Farben das Bild Tunisiens und Algiers, dessen mohammedanische Völker unter der Willkürherrschaft der Franzosen schmachten, und betonte die allgemeine Ungerechtigkeit, die die unterdrückten Völker der französischen Herrschaft entgegenbringen, und die sie eine sadige Vertreibung von diesen unerträglichen Fesseln erwarten läßt.

Im Anschluß daran führte der Scheich aus: Deshalb hoffen wir, daß alle anwesenden Deutschen und Verbündeten mit dem Ausblick darin übereinstimmen, daß die Beschwerden über das unmensliche Verhalten der Franzosen in diesen Ländern durchaus gerechtfertigt sind und die Notwendigkeit daraus folgt diese Länder einer besseren Zukunft entgegenzuführen. Wir hoffen und bitten Sie, Ihre Hände in die unserer unglücklichen Landsleute zu legen und sie mit allem Eifer in der Erreichung ihrer Wünsche zu unterstützen.

Im Namen der Versammlung gab Generalleutnant Cz. Imhof Pascha der Hoffnung Ausdruck, daß die Wünsche der Tunesier und Algerier sich bald erfüllen mögen, und das Ende des Krieges auch ihnen eine Verringerung in der Lage verschaffen möge.

Eine vom Vorsitzenden der Versammlung vorgelegte Resolution wurde von den Anwesenden mit großem Beifall angenommen.

## Ausland.

### Eine mexikanisch-japanische Verbrüderung.

c. B. S. 2. Januar. Die japanische Regierung hat nach der Anerkennung Carranzas die mit Mexiko unter Porfirio Diaz und Huerta gepflegten freundschaftlichen Beziehungen wieder aufgenommen. Zwischen Carranza und dem Kabinett in Tokio hat ein überaus freundliches Telegrammwechsel stattgefunden. Des weiteren beabsichtigt Japan, zur Förderung der japanisch-mexikanischen Beziehungen 11 Konsulate in Mexiko zu errichten. (Man wird darüber in Washington ganz sichtlich nicht erfreut sein.)

### Die Entente gegen Wiederherstellung des chinesischen Kaiserreichs.

c. B. S. 2. Januar. Wie die „Reich“ berichtet, beschloßen die Vertreter Russlands, Englands, Frankreichs und Italiens beim japanischen Hofe in einer Besprechung mit dem japanischen Minister des Aeußern, in Peking die energische Forderung zu überreichen, die Wiederherstellung der Monarchie vorläufig hinauszuverschieben.

## Deutsches Reich.

### Frühjahrsverjorgung mit Kartoffeln und Butter.

In der Sitzung der Vorhingen der Landwirt. schaftskammern, die am 7. d. M. unter dem Vorsitz des Landwirtschaftsministers Freiherrn von Schorlemmer. Dieser tagte, wurden die Frühjahrsverjorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln, die Butterbeschaffung und -verteilung, der Zusammenfluß des Viehhandels und die Verjorgung des Zuckerrübenbaues besprochen.

Es wurde einstimmig befürwortet, unbeschadet der Winterverjorgung der Kartoffelbedarfsgebiete in der bisherigen Weise, die Frühjahrsbeschaffung von Speisekartoffeln und die Deckung des Bedarfs der Gärtnereien und Trodnereien unter Mitwirkung der Landwirtschaftskammern zu bewerkstelligen. Eine genaue Feststellung der in den Bedarfsgebieten vorhandenen Kartoffelvorräte ist im Gange. Ihr Ergebnis wird die Grundlage für die Durchführung der weiteren Maßnahmen bilden, die in den nächsten Tagen von einer Keineren Kommission von Kammerordnenden und Regierungsvertretern mit der Reichsstatistikstelle beraten werden.

Die Butterverjorgung der Bevölkerung ist nach Ansicht der Kammerordnenden durch die Bundesratsverordnungen in der richtigen Wege geleitet. Die Einführung von Reibbutterarten wurde als ungewünscht angesehen. Dagegen sei die Einführung von Butterarten in denjenigen Bedarfsbezirken geboten, die Butter aus den Vorräten des Zentrallieferanten bezugslos sind.

Allgemeine Höchstpreise für Rindvieh wurden einstimmig nicht für durchführbar angesehen. Dagegen hielt man die von Landwirtschaftsminister in Aussicht genommene Beeinfachung der Viehpreise im Wege des zwangswelnen provinzialen Zusammenflusses von Fährern und Beeinfachung von Landwirten für aussichtslos. Diese Zwangsmaßnahmen sollen im Verein mit den Höchstpreisen nicht nur die Preisregelung, sondern auch die Verjorgung der Märkte in die Hand nehmen.

Zur Sicherung eines ausreichenden Anbaues von Zuckerrüben wurde vor allem die Festsetzung von Rübenpreisen, die den gesteigerten Produktionskosten und den Preisen der gleichartigen Futtermittel entsprechen, für unbedingt notwendig erachtet. Auch müssen dem Landwirt alle Schmäler, die er in der eigenen Wirtschaft braucht, und Melasse in ausreichender Menge belassen werden.

### Der sozialdemokratische Parteiaussschuß und die Kriegskredite.

WTB. Berlin, 8. Jan. Der sozialdemokratische Parteiaussschuß, der gemeinsam mit dem Parteivorstand in Berlin tagte, hat, wie der „Vorwärts“ meldet, zu den Vorkängen in der Reichstagsaktion und zu der Bewilligung der Kriegskredite eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Die Zustimmung der Fraktion zu den Kriegskrediten am 21. Dezember 1915 war die folgerichtige Fortführung der am 4. August 1914 eingelegten Politik, deren Voraussetzungen auch heute noch gegeben sind. Das Vorgehen der 20 Fraktionsmitglieder, die entgegen dem Fraktionsbeschuß die Kredite ablehnten, ist aufs schärfste zu verurteilen. Das Verhalten des Genossen Haase verdient die schärfste Mißbilligung. Indem Haase sich an dem Disziplinbruch beteiligte, hat er in noch schlimmerer Weise gegen die Pflicht verstoßen, die ihm sein Amt als Parteivorstehender auferlegte.

Weiter heißt der Parteiaussschuß, daß der „Vorwärts“ statt die Politik der Partei zu vertreten, die auf Parteizerschüttung gerichteten Bestrebungen fördere. Damit vertritt der „Vorwärts“ jenes Recht, als Zentralorgan der Partei zu gelten.

### Die Einberufung des preussischen Landtages.

c. B. Berlin, 8. Januar. Die amtliche Einberufung des preussischen Landtages ist nunmehr erfolgt. Seine Eröffnung findet am 18. Januar, mittags 12 Uhr, im Weissen Saale des königlichen Schlosses statt. Zuvor finden im Dom und in der St. Hedwigs-Kirche die üblichen Gottesdienste statt. Danach werden die beiden Häuser, das Abgeordnetenhaus um 2 Uhr, das Herrenhaus um 3 Uhr Sitzungen abhalten. Als neuer Präsident des Herrenhauses ist, wie verlautet, Graf von Arnim-Bohlenburg in Aussicht genommen.

### Die Sozialdemokraten lehnen das neue König-Ludwig-Kreuz ab.

Aus München wird der „Voss. Ztg.“ gemeldet: In der umfangreichen Liste der am Geburtstag des Königs Ludwig mit dem neuen König-Ludwig-Kreuz Bedachten sind mehrere Sozialdemokraten, meist Mitglieder von Gemeindeführern, Der neue Orden wurde gestiftet als Zeichen ehrender und dankbarer Anerkennung für solche Personen, die sich während des Krieges durch dienliche oder freiwillige Arbeitsarbeiten in der Heimat besondere Verdienste um das Heer und die allgemeine Wohlfahrt des Landes erworben haben. Unter voller Anerkennung der freundlichen Absicht des Königs werden in Uebereinstimmung mit dem einstimmig gefaßten Beschuß der Münchener sozialdemokratischen Parteileitung die mit dem König-Ludwig-Kreuz Bedachten Sozialdemokraten den Orden mit höflichem Danke zurückgeben, da es die Sozialdemokraten als selbstverständliche grundsätzliche Pflicht erachten, die Wohlfahrt des Landes zu pflegen. — Es ist keinem Sozialdemokraten eingefallen, das Ehrenkreuz abzulehnen, vielmehr tragen auch sie es mit Stolz. Das König-Ludwig-Kreuz aber wird gleichfalls für Verdienste während des Krieges verliehen. Deshalb da die Demonstration?

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dage, für den stiftlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Bericht, Sander: Eugen Brinkmann; Beilagen, Vermischtes usw.: S. D. Siegfried Dage, für Unterhaltungsbeiträge und Briefe Redaktionen: Hans Frankenstein, für den Anzeigen- und Werberzteil: Dr. und Bertha von Otto Henkel, Simkisch in Halle a. S.